

Zurück zur Dampfloß?

Ein Kommentar von Markus W. Voigt, Executive Chairman der aream Group.

Düsseldorf, 06. Oktober 2026 – Es gibt Papiere, die mehr über ihre Verfasser sagen als über das beschriebene Thema. Ein Forderungskatalog aus der Unionsfraktion zum EEG 2027 gehört dazu. 86 Punkte, ein Muster. Um Wind, Sonne und Speicher soll sich künftig allein der Markt kümmern: weniger Förderung, kürzere Laufzeiten, niedrigere Höchstwerte, engere Grenzen für Anlagen, keine Extras für Speicher. Für Biogas, kleine Wasserkraftanlagen und Windstandorte im Süden sieht dasselbe Papier dagegen mehr Förderung vor. Wer das Dokument liest, findet keinen Plan für die Energieversorgung der nächsten zwanzig Jahre, sondern eine Sammlung von Bedenken. Vieles davon geht sogar über den Gesetzentwurf der eigenen Bundesregierung hinaus.

Dabei ist die Ausgangslage klar. Mehr als die Hälfte des deutschen Stroms stammt aus Wind, Sonne und anderen erneuerbaren Quellen. Vor zwanzig Jahren hielten viele das für ausgeschlossen. Heute ist es Alltag. Die Branche hat geliefert, was die Politik von ihr verlangt hat, und zwar schneller, als es die meisten Prognosen sahen. Die Preise sind gefallen, die Technik ist reif, die Finanzierungen funktionieren. Viele Projekte, gerade große Solarparks, rechnen sich heute über langfristige Stromlieferverträge. Was die Branche braucht, ist weniger Förderung als verlässliche Regeln.

Das ist der Teil, den manche in der Union nicht gern hören. Ihr eigenes Papier begründet die Kürzungen mit der Marktreife der Erneuerbaren. Die Förderung hat also ihren Zweck erfüllt, eine der seltenen Erfolgsgeschichten von Subventionen. Doch warum kommen mit der Erfolgsmeldung auch gleich Bremsvorschläge? Warum sollen einer erfolgreichen Branche neue Hürden in den Weg gestellt werden?

Es lohnt sich, auf die Logik zu achten. Die Forderung lautet im Kern: Marktwirtschaft, aber bitte mit Mengenbegrenzung, Größenlimit und Sonderbehandlung nach Gutdünken. Das ist keine Marktwirtschaft. Das ist Planwirtschaft mit umgekehrten Vorzeichen. Künftig soll der Staat schätzen, wie viel Strom gebraucht wird, und danach die Ausschreibungsmengen zuteilen. Und während Solarparks sich allein am Markt behaupten sollen, wird für kleine Wasserkraftanlagen ein fester Wert von 19,50 Cent pro Kilowattstunde vorgeschlagen.

Doch dies übersieht, wie dieser Markt inzwischen funktioniert. Er besteht nicht mehr aus Förderbescheiden, sondern aus Verträgen. Unternehmen sichern sich Strom über viele Jahre, weil er günstig ist und weil ihre Kunden und Geldgeber es erwarten. Banken finanzieren Projekte, weil Ausgaben und Erlöse planbar sind. Millionen Haushalte erzeugen eigenen Strom. Das sind keine Zugeständnisse an die Klimapolitik, sondern wirtschaftlich sinnvolle Entscheidungen.

Manches im Papier ist richtig: verbindliche Fristen für Netzanschlussanfragen, flexible Netzanschlüsse als Regelangebot der Netzbetreiber, mehr Rechtssicherheit für Direktleitungen zu Stromabnehmern. Das stärkt den Markt tatsächlich. Umso deutlicher wird der Widerspruch an anderer Stelle: Das Papier verweist große Solarparks auf PPAs und räumt zugleich ein, dass mittelständische Abnehmer dafür eine Absicherung über die KfW brauchen. Beides ist richtig, aber in einer anderen Reihenfolge: erst einen funktionierenden PPA-Markt schaffen, dann die Förderung zurückfahren. Als Vermittler solcher Verträge sehen wir, dass die



Nachfrage groß ist. Doch Abschlüsse mit mittelständischen Abnehmern hängen oft an Bonitäts- und Laufzeitfragen, wenn es um langfristige Fremdkapitalfinanzierungen geht.

Das Gute ist: Diese Entwicklung lässt sich nicht per Gesetz rückgängig machen. Man kann sie verlangsamen. Man kann Genehmigungen verzögern, Fristen verlängern, Flächen verknappen, Fremdkapitalfinanzierungen erschweren und Investoren verunsichern. Das kostet Zeit und Geld und beides zahlen am Ende Verbraucher und Wirtschaft. Zurück zur alten Welt führt dieser Weg nicht. Die ist längst vorbei und die Rechnung für den Rückbau wäre hoch. Wer will ernsthaft zurück zur Dampflok?

Die Energiewende im Stromsektor ist keine Hoffnung mehr, sondern eine Tatsache. Wer sie jetzt ausbremsen will, riskiert Wohlstand, Standortvorteile und Glaubwürdigkeit. Der Markt wird weiterlaufen, mit oder ohne politische Bremsen. Ob Deutschland dabei vorn bleibt oder sich das Feld von hinten anschaut, ist die einzige offene Frage.

Über die aream Group SE

Die aream Group, 2005 gegründet, ist ein Developer und Asset-Manager mit Fokus auf nachhaltige Infrastruktur im Sektor Erneuerbare Energien. Dazu gehören Wind- und Solarkraft, Netze und Speichertechnologie. Mit den Bereichen Operations- und Asset-Management, Project-Development und Energy Markets deckt die aream Group die gesamte Wertschöpfungskette für Erneuerbare-Energien-Investments ab. Mit mehr als 2,5 Milliarden Euro Transaktionsvolumen gehört aream zu den führenden Asset-Managern in diesem Markt. Mit dem eigenen Anlagenbestand wird grüner Strom für rund 40 Millionen Euro pro Jahr umgesetzt. Seit 2008 produziert aream mehr als vier Milliarden kWh grünen Strom. Im Rahmen der Wachstumsstrategie sollen in den nächsten Jahren mehrere Solar- und Windparks sowie Batteriespeicher realisiert oder erworben werden. Allein durch die eigene Projektentwicklung verfügt aream derzeit über eine Entwicklungs-Pipeline mit großem Potenzial. Weitere Informationen: www.arem.de.

Kontakt

aream Group SE
Kesselstraße 3
D-40221 Düsseldorf
Tel.: +49 (0)211 30 20 60 42
E-Mail: info@arem.de
Web: www.arem.de

Pressekontakt

news & numbers GmbH
Bodo Scheffels
Tel.: +49 (0)40 80 60 194 34
E-Mail: bodo.scheffels@news-and-numbers.de
Web: www.news-and-numbers.de